

Aktuelle PPP-Ausschreibungen / Ausschreibungen mit PPP-Elementen

- **Wanne-Herner Eisenbahn und Hafen GmbH (Herne).** Bahnbetriebswerkstatt.
Auf dem Gelände des Bahnhofs Wanne der Wanne-Herner Eisenbahn und Hafen GmbH (WHE) soll eine neue Bahnbetriebswerkstatt inkl. eines Gebäudes für Büro-, Sozial-, Werkstatt- und Lagerräume entstehen. Ergänzend sind eine Außen- und Innenreinigungsanlage sowie ein Tankplatz vorgesehen. Das Projekt soll als PPP-Modell mit einer Laufzeit von 20 bzw. 25 Jahren realisiert werden. Während der Nutzungsdauer soll der Auftragnehmer ausgewählte Gebäudemanagementleistungen erbringen.
Verfahrensart: Verhandlungsverfahren.
Schlusstermin für den Eingang der Projekte bzw. Anträge auf Teilnahme: 06.03.2007.
Dokumentenummer im Amtsblatt der EU (TED): 37744-2007.
- **EWG Essener Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH.** Parkhaus.
Planung und Bau eines Messeparkhauses mit 1.000-1.200 Stellplätzen in Essen sowie optional Finanzierungen und/oder Betrieb des Parkhauses.
Verfahrensart: Verhandlungsverfahren.
Schlusstermin für den Eingang der Projekte bzw. Anträge auf Teilnahme: 19.03.2007.
Dokumentenummer im Amtsblatt der EU (TED): 43773-2007.
- **Staatliches Bauamt München 2.** Baukonzession "Neue Mitte" am Hochschulcampus Garching.
Planung, Finanzierung, Errichtung und Betrieb von gemischt genutzten Gebäuden, teilweise durch die Technische Universität München genutzt, auf der Grundlage eines Erbbaurechtsvertrags. Ca. 30.000 m² Bruttogeschossfläche.
Schlusstermin für den Eingang der Projekte bzw. Anträge auf Teilnahme: 02.04.2007.
Dokumentenummer im Amtsblatt der EU (TED): 42594-2007.
- **Landeshauptstadt Hannover.** Schule.
Für die Grundschule "In der Steinbreite" in Hannover ist zur Verbesserung dieses Schulstandortes nach dem Abriss abgängiger Gebäude ein Neubau erforderlich. Im Rahmen eines geeigneten PPP - Modells (z.B. Inhabermodell mit oder ohne Objektgesellschaft) soll ein Neubau für 375 Schüler schlüsselfertig erstellt werden. Die vertragliche Nutzungsdauer beträgt 20. Der Auftraggeber erwartet ein umfassendes Gesamtangebot für Planungs-, Bau- und Finanzierungsleistungen.
Verfahrensart: Verhandlungsverfahren.
Schlusstermin für den Eingang der Projekte bzw. Anträge auf Teilnahme: 03.04.2007.
Dokumentenummer im Amtsblatt der EU (TED): 42594-2007.

Dieses Projekt ist bereits im Oktober 2006 ausgeschrieben worden, damals noch in zwei Losen zusammen mit einem Anbau für ein Gymnasium (vgl. Newsletter 20/2006 vom 03.11.2006). Im Januar 2007 wurde dieses Vergabeverfahren aufgehoben. Jetzt erfolgt die Neuausschreibung - ohne den Gymnasiums-anbau und ohne Gebäudemanagementleistungen.
- **Stadt Flensburg.** Hallenbad.
Die Stadt Flensburg beabsichtigt, einen privaten Investor mit der Planung, dem Bau, dem Betrieb und der Finanzierung eines neu zu errichtenden Bades zu betrauen.
Der Betrieb des Bades soll vom Partner zunächst für 25 Jahre übernommen werden. Die Mittel zur Finanzierung sollen von dem Projektpartner aufgebracht werden. Die Refinanzierung soll aus den Nutzungsentgelten und ggf. durch Zuschüsse durch die Stadt erfolgen.
Verfahrensart: Verhandlungsverfahren.
Schlusstermin für den Eingang der Projekte bzw. Anträge auf Teilnahme: 03.04.2007.
Dokumentenummer im Amtsblatt der EU (TED): 46766-2007.
- **Landesbetrieb Straßenbau NRW.** Funktionsbauvertrag A 61.
Erneuerung eines 4-streifigen Autobahnabschnittes der BAB 61 vom Rastplatz "Blauer Stein" bis zur AS Miel (8,7 km Länge) mit Standstreifen im Rahmen eines Funktionsbauvertrages und dessen bauliche Erhaltung über einen Zeitrahmen von 15 Jahren.
Verfahrensart: Nichtoffenes Verfahren.
Dokumentenummer im Amtsblatt der EU (TED): 44988-2007.

Vorinformationen

- **Staatsbad Bad Ems GmbH.** Thermalbad.
Privatisierung des Thermalbades Bad Ems: Planung, Finanzierung, Bau des Thermalbades Bad Ems sowie dessen - zu sichernder - langjähriger Betrieb.
Voraussichtlicher Beginn des Vergabeverfahrens: 02.04.2007.
Dokumentenummer im Amtsblatt der EU (TED): 46243-2007 (als Bauauftrag).
Dokumentenummer im Amtsblatt der EU (TED): 46588-2007 (als Dienstleistungsauftrag).

Zuschlagserteilung

- **Stadt Freudenberg.** Rathaus.
Der Rat der Stadt Freudenberg hat beschlossen, den Auftrag für den Rathausneubau an die Firma **Fechtelkord & Eggersmann** aus Marienfeld bei Gütersloh zu vergeben. Das Bauunternehmen Quast lag mit seinem Angebot an zweiter Stelle. Investitionsvolumen 4,6 Mio. Euro.
Quelle: Westfälische Rundschau vom 22.02.2007.

Weitere Informationen

- **IHK zu Bielefeld.** Straßenunterhalt in Zeiten knapper Kassen.
In der IHK zu Bielefeld fand am 30.01.2007 eine Veranstaltung der IHK und des ADAC zu den Themen NKF und Straßenunterhalt statt. Die Präsentationen können eingesehen werden unter:
<http://www.bielefeld.ihk.de/partnership.html>
- **Landkreis Waldeck-Frankenberg.** PPP-Projekt Kreisstraßen.
Am 14.02.2007 fand in Korbach eine Informationsveranstaltung zum geplanten PPP-Kreisstraßenprojekt statt. Die Präsentation dieser Veranstaltung finden Sie unter:
<http://www.landkreis-waldeck-frankenberg.de/Allgemein/Index/index.htm>
Weitere Informationen zum Projekt enthält eine Pressemitteilung des Landkreises vom 09.02.2007 (zur Einsicht bitte unter <http://www.landkreis-waldeck-frankenberg.de/Allgemein/Index/index.htm> auf der rechten Leiste die Rubrik "Pressemitteilungen" anklicken).

Veröffentlichungen

- **Prof. Dieter Jacob / Conny Berger:** Vorschläge für den Einstieg in einen umsatzsteuerlichen Refund bei PPP-Inhabermodellen.
Die als Freiburger Arbeitspapiere #1/2007 veröffentlichte Studie steht zum Download unter:
http://www.tu-freiberg.de/~wwwfak6/index.php?option=com_content&task=view&id=112&Itemid=207
- **Deloitte:** Closing the Infrastructure Gap - The Role of Public Private Partnerships.
Das Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsunternehmen Deloitte befasst sich in dieser Studie mit der Rolle von PPP's zum Erhalt und Ausbau der Infrastruktur. Zum Download unter:
http://www.deloitte.com/dtt/cda/doc/content/us_ps_ClosingInfrastructureGap2006%281%29.pdf

Veranstaltungshinweis

- **PPP-Vertragsgestaltung im Öffentlichen Hochbau.** BWI-Bau-Workshop am **28. März 2007** im Raum Köln/Düsseldorf. Referenten: RA Matthias Berger, Mütze Korsch, und RA'in Irmgard Jonas, Hochtief AG. Programmablauf und Anmeldung unter: <http://www.bwi-bau.de/veranst.php>.

Betriebswirtschaftliches Institut der Bauindustrie
Postfach 10 15 54, 40006 Düsseldorf
Tel.: 0211 / 6703-280
Fax: 0211 / 6703-282
<http://www.BWI-Bau.de>
E.Paulsen@BWI-Bau.de



Gesetzgebung und Rechtsprechung mit PPP-Relevanz:

- **OLG Düsseldorf, Beschluss vom 5. Dezember 2006 - Verg 56/06**
<http://www.mkrp.com/reactor.php?page=2302>

Ausschluss wegen Insolvenz

Die Vergabestelle schrieb europaweit Bauleistungen im offenen Verfahren aus. Der Antragsteller ist Insolvenzverwalter und hatte im Namen der von ihm verwalteten P.-KG ein Angebot abgegeben. Der Antragsteller zeigte gegenüber der Vergabestelle an, dass das Unternehmen im Insolvenzverfahren fortgeführt werde. Vorher und nachher forderte die Vergabestelle ergänzende Unterlagen, Belege und Bestätigungen zum Angebot an, welche eingereicht wurden. Mitte September 2006 führte sie eine Betriebsbesichtigung durch. Im Ergebnis schloss die Vergabestelle das Angebot der P-KG aus, „weil ein Ausschlussgrund nach § 8 Nr. 5 Abs. 1a VOB/A (Insolvenzverfahren) vorläge.“ Der Antragsteller legte erfolglos einen Nachprüfungsantrag ein. Seine Beschwerde war zwar erneut nicht erfolgreich, führte aber zu einer abweichenden Beurteilung der Frage, wie die Insolvenz eines Bieters zu behandeln ist.

Der Vergabesenat des OLG Düsseldorf entschied, dass § 8 Nr. 5 Abs. 1 a VOB/A, und zwar auch in Verbindung mit § 25 Nr. 1 Abs. 2 VOB/A, dem öffentlichen Auftraggeber keineswegs erlaube, einen Bieter oder Bewerber allein aufgrund einer durch die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens eingetretenen abstrakten Gefährdungslage auszuschließen. Die Vergabestelle habe vielmehr gezielt und konkret die Eignung des Bieters, d.h. seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit trotz des schon eingeleiteten Insolvenzverfahrens zu prüfen. Sie habe dabei das ihr eingeräumte Ermessen auszuüben. Beim Ausschluss eines Bieters oder Bewerbers nach § 8 Nr. 5 Abs. 1 VOB/A, insbesondere nach Buchst. a und auch in Verbindung mit einem Ausschluss nach § 25 Nr. 1 Abs. 2 VOB/A, habe der öffentliche Auftraggeber genauso wie im Rahmen der Eignungsbewertung gemäß § 25 Nr. 2 VOB/A in jedem Einzelfall zu überprüfen, ob das betroffene Unternehmen trotz Vorliegens der in § 8 Nr. 5 Abs. 1 VOB/A typisierend genannten Tatbestandsmerkmale genügend fachkundig, leistungsfähig und zuverlässig ist, um die in der Vergabebekanntmachung angegebenen Eignungsanforderungen zu erfüllen und ob es davon ausgehend die notwendigen Sicherheiten bietet, die vertraglichen Verpflichtungen zu erfüllen.

In vorliegendem Fall habe die Vergabestelle aber den ihr zu Gebote stehenden Beurteilungs- und Ermessensspielraum ausgeübt und die Entscheidung spätestens im erstinstanzlichen Nachprüfungsverfahren (!) abschließend dahin begründet, dass die P-KG wegen der Unklarheit einer Übernahme durch einen ungenannten Investor, wegen der Unklarheit, durch wen der Auftrag letztendlich auszuführen sei, sowie deswegen vom Wettbewerb ausgeschlossen werde, weil völlig offen sei, welches als zuverlässig anzusehende Unternehmen die Gewährleistungshaftung übernehmen werde. Nicht zuletzt sei berücksichtigt worden, dass der Antragsteller der Vergabestelle über den Beschluss der Gläubigerversammlung berichtet habe, "dass ich den Geschäftsbetrieb schließen darf, sobald sich die Fortführung als masseschädlich erweist." Die genannten Umstände lassen die Entscheidung der Vergabestelle über einen Ausschluss der P-KG und die Begründung nicht als beurteilungs- und/oder ermessensfehlerhaft erscheinen.

Die Entscheidung gibt eine Leitlinie, wie ein Bieterkonsortium in einem PPP-Verfahren seine Fähigkeit zur Teilnahme am Verfahren erhalten kann, auch wenn ein Mitglied des Konsortiums oder ein wesentlicher Nachunternehmer insolvent geworden ist. So muss dem öffentlichen Auftraggeber zunächst nachgewiesen werden, dass ihm im Fall der Auftragserteilung trotz der Insolvenz – ggf. über geeignete Nachunternehmer – ein leistungsfähiger Betrieb verbindlich für die Ausführung der Leistungen zu Verfügung steht.

Erforderlich ist weiterhin, dass der Bieter die Vergabestelle über seine Insolvenz bzw. die Insolvenz eines Mitglieds der Bietergemeinschaft aktiv informiert und selbst die Nachweise liefert, dass seine Eignung trotz dieses Umstandes besteht. Unterlässt er diesen Hinweis auf die Insolvenz, könnte er schon aufgrund des Verschweigens als unzuverlässig beurteilt werden (OLG Düsseldorf, Beschluss vom 15. Dezember 2004 – Verg 48/04).

Im Fall einer Bietergemeinschaft ist schließlich wichtig, dass das vertretungsbefugte Unternehmen das Fortbestehen seiner Geschäftsführungsbefugnis und die Befugnis zur Eingehung neuer Geschäfte nachweist. Die Vergabestelle muss nicht die rechtlichen Ungewissheiten in Kauf nehmen, die zu diesen Punkten infolge der Insolvenz eines Mitglieds der Bietergemeinschaft entstehen (VK Nordbayern, Beschluss vom 18. September 2003 – 320.VK-3194-31/03).

Mütze Korsch Rechtsanwaltsgesellschaft mbH
Rechtsanwalt Matthias Berger
Trinkausstraße 7
40213 Düsseldorf
Tel. +49 211 – 88 29 29
Fax +49 211 – 88 29 26
Mobil +49 160 – 47 20 722
berger@mkrq.com
www.mkrq.com

